

# Niederschrift

über die 22. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am **Mittwoch, dem 14.02.2007**.

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses hatten sich nach ordnungsgemäßer Einladung des Vorsitzenden, Ratsmitglied Hans-Heinrich Helikum, vom 31.01.2007 um 17.00 Uhr im Saal des Bürgerhauses versammelt.

Unter dem Vorsitz von RM Hans-Heinrich Helikum waren anwesend:

## I. die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses

### a) aus dem Rat

1. RM Peter Hancke für Jürgen Spelter bis TOP 6,
2. RM Hans-Heinrich Helikum,
3. RM Achim Kleuser bis TOP 5 b,
4. RM Ute-Lucia Krall,
5. RM Norbert Schreier,
6. RM Angelika Urban,
7. RM Heinz-Georg Wingartz,
8. RM Birgit Alkenings.
9. RM Anabela Barata,
10. RM Manfred Böhm,
11. RM Marie-Liesel Donner,
12. RM Dagmar Hebestreit bis TOP 6,
13. RM Jürgen Scholz,
14. RM Ludger Reffgen f. Claudia Schnatenberg,
15. RM Susanne Vogel,
16. RM Horst Welke;

### b) sonstige Ratsmitglieder als Zuhörer

Friedhelm Burchartz;

### c) sachkundige Bürger

1. Werner Buddenberg,
2. Klaus Cohausz f. Wolfgang Frey,
3. Franz-Dieter Schnitzler;

### d) beratendes Mitglied

Günter Pohlmann;

## II. vorübergehende Berater und Zuhörer

1. Herr Nagel, (Behindertenbeirat) bis TOP 5 c,
2. Herr PHK Busch (Polizei) bis TOP 3 d;

### III. von der Verwaltung

1. Beig. Rech,
2. Frau Bosbach, Amtsleiterin IV/60, zugl. als Schriftführerin,
3. Herr Trapp, stellv. Amtsleiter IV/60,
4. Herr Groll stellv. Amtsleiter IV/61,
5. Frau Scharf, Referendarin IV/61,
6. Herr Mittmann, Amtsleiter IV/66 bis TOP 4 b),
7. Herr Kunckler, stellv. Amtsleiter IV/68 bis TOP 4 a,
8. Frau Stankowski, Verwaltungsangestellte.

- - - - -

### **Tagesordnung:**

#### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.
2. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.
3. **Anregungen und Beschwerden**
  - a) Anregung gem. § 24 GO NW  
hier: Parkplatzsituation Weiterbildungszentrum Altes Helmholtz - SV 61/141.
  - b) Anregung gem. § 24 GO NW  
hier: Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Grundstücks St. Konrad-Allee 28 - SV 61/142.
  - c) Anregung gem. § 24 GO NW  
hier: Verkehrsberuhigung Luisenstraße - SV 66/077.
  - d) Anregung gem. § 24 GO NW  
hier: Sargträgerdienst durch städtische Bedienstete - SV 68/026.
4. **Sonstiges**
  - a) Schließdienst auf den Friedhöfen - SV 68/025.
  - b) Bericht des Sachgebietes Bauaufsicht (60.2) - Stand 31.12.2006 - SV 60/066.
  - c) Unterschutzstellung denkmalwürdiger Gebäude in der Stadt Hilden;  
hier: Sachstandsbericht (01.01.2006 bis 31.12.2006 - SV 60/067.
5. **Bau- und Planungsangelegenheiten**
  - a) Bericht über den Stand der Bauleitplanverfahren (Januar 2007) - SV 61/140.
  - b) Bebauungsplan Nr. 161, 2. Änderung für den Bereich Elb;  
hier: 1. Änderung des Aufstellungsbeschlusses

## 2. Offenlagebeschluss - SV 61/134.

- c) Novelle des Baugesetzbuches 2007;  
hier: Bericht über die wesentlichen Änderungen - SV 61/143.

### **II. Nichtöffentliche Sitzung:**

6. Vorstellung aktueller Bauvorhaben - o. SV.
7. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.
8. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.

- - - - -

### **I. Öffentliche Sitzung:**

Um 17.00 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung im Saal des Bürgerhauses. Er begrüßte die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, den Vertreter des Behindertenbeirates, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die erschienenen Bürgerinnen und Bürger.

Er stellte die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Da keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht wurden, wurde wie folgt beraten und beschlossen:

#### 1. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.

##### a) Herr Groll: Güterbahnstrecke Hilden-Süd.

Herr Groll teilte mit, dass die Güterbahnstrecke Hilden-Süd voraussichtlich während des ganzen Jahres von ICE-Zügen befahren werde. Hintergrund seien Baumaßnahmen im gesamten Bereich der Streckenverbindungen um Köln herum.

##### b) Herr Mittmann: Betonmasten entlang der Berliner Straße.

Herr Mittmann berichtete, dass die Betonmasten der Straßenbeleuchtung entlang der Berliner Straße durch die Stadtwerke routinemäßig auf ihre Standsicherheit überprüft werden müssten. Deshalb müsse der seinerzeit angepflanzte „wilde Wein“ entfernt werden.

##### c) Herr Rech: Planfeststellungsbeschluss Propylen-Pipeline

Zum Verfahrensstand gab Herr Rech bekannt, dass die RAe Baumeister und Partner über den Kreis und im Namen der betroffenen Gemeinden um eine weitere gutachterliche Stellungnahme gebeten worden seien zu den Themen:

- Erfolgsaussichten privater Einwender,
- Sicherheitsbedenken und Belange des Katastrophenschutzes,
- kommunalrechtliche Bedenken bei finanzieller Unterstützung privater Einwender. Des weiteren teilte er mit, dass es wegen fehlender Unterlagen ein neues Auslegungsverfahren geben werde. Seitens der Bezirksregierung sei der Zeitraum zwischen dem 05.03. und 19.03.2007 genannt worden. Daraus resultiere evtl. eine Verlängerung der Klagefrist. Ferner habe man auf Nach-

frage bei der Bezirksregierung erfahren, dass der Planfeststellungsbeschluss CO-Leitung am 15.02.2007 erfolge.

## 2. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.

### a) Herr Schreier: Verschmutzung an den Zu- und Abfahrten der Autobahn - Anfrage.

Herr Schreier verwies auf den sehr erfolgreich durchgeführten Dreck-Weg-Tag. Er bemängelte in diesem Zusammenhang die starken Verschmutzungen in den Zu- und Abfahrten der Autobahn und fragte, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, diese Bereich zu reinigen.

Herr Rech erklärte, für diese Bereiche sei der Landsbetrieb Straßenbau zuständig. Die Häufigkeit der Reinigung werde von dort bestimmt. Den Hinweis auf die starken Verschmutzungen werde man weitergeben. Die Stadt sei dort in Extremfällen auch schon selbst tätig geworden. Die Kosten hierfür müssten dann aber beim Landesbetrieb Straßenbau eingefordert werden.

### b) Frau Alkenings: Information zu den Änderungen in der Landesbauordnung - Antrag.

Frau Alkenings stellte den Antrag, den Stadtentwicklungsausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen über die Änderungen in der Landesbauordnung zu informieren.

### c) Frau Donner: Sturmschäden - Anfrage.

Im Namen der SPD-Fraktion bat Frau Donner um Auskunft, welche Schäden durch den Sturm Kyrill im Wald und den städtischen Anlagen entstanden seien und welche Auswirkungen diese auf den Forstwirtschaftsplan hätten.

Herr Mittmann gab dazu an, man werde dies in einer Sitzungsvorlage darstellen.

### d) Herr Buddenberg: Baum im Bereich der Deutschen Bank - Anfrage.

Herr Buddenberg verwies darauf, dass es im Bereich der Deutschen Bank Mittelstraße / Ecke Schulstraße im Zusammenhang mit dem abgeholzten Baum zu Unfällen kommen könne. Er bat um Prüfung.

### e) Herr Buddenberg: Sprechanlage im Ratssaal - Anfrage.

Herr Buddenberg bat um Überprüfung der Sprechanlage im Ratssaal.

### f) Frau Urban: Weiteres Vorgehen zum Alten Markt - Anfrage.

Für die CDU-Fraktion stellte Frau Urban folgende Anfrage:

„ Am 31.01.2007 wurde in der Ratssitzung das weitere Vorgehen zum Alten Markt beschlossen. Dabei wurde die Verwaltung mit der Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung beauftragt.

Da bis zum heutigen Datum keine Informationen hierüber vorliegen, bitten wir um eine zeitnahe klare Aussage an die Fraktionsvorsitzenden zu folgenden Fragen:

1. In welcher Art und welchem Umfang ist die Bürgerinformationsveranstaltung geplant?
2. Wer wurde als neutraler Moderator angefragt?

3. In welcher Form werden bzw. wurden die Bürgerinnen und Bürger eingeladen?
4. Wurde hierbei eine Auswahl getroffen?“

g) Herr Schnitzler: Umsetzung des Kyoto-Protokolls in Hilden - Antrag.

Für die Fraktion Bürgeraktion Hilden stellte Herr Schnitzler den der Niederschrift als Anlage beige-fügten Antrag.

h) Frau Vogel: Parkgrenzmarkierung Merianweg - Anfrage.

Frau Vogel bat um einen Sachstandsbericht zu einer Parkgrenzmarkierung am Merianweg.

i) Frau Vogel: Baumschutzsatzung - Antrag.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte Frau Vogel folgenden Antrag:

„Die Verwaltung erarbeitet den Entwurf einer Baumschutzsatzung für Hilden und legt diesen dem Fachausschuss zur Beratung vor.

Begründung:

Seit der Aufhebung der Baumschutzsatzung nach der Kommunalwahl 1999 ist die Festschreibung schützenswerter Bäume in einem Bebauungsplan die einzige Möglichkeit, Bäume auf privaten Grundstücken zu sichern.

Nach Aussagen der Verwaltung ist es aus personellen Gründen nicht möglich, die alten Bebauungspläne zu überarbeiten mit dem Ziel, erhaltenswerte Bäume fest zu schreiben. Außerdem existieren für große Bereiche des Stadtgebietes keine Bebauungspläne (§ 34 BauGB).

Hilden ist eine der dichtest besiedelten ka. Städte mit starkem CO<sub>2</sub> Ausstoß.

Im Sinne des Klimaschutzes ist es geboten, alle Anstrengungen zu unternehmen, den alten Baumbestand in unserer Stadt zu erhalten. Eine Baumschutzsatzung ist das einzige Instrument für die Stadt Einfluss zu nehmen.“

k) Herr Wingartz: Schallschutzmaßnahmen A 46 - Anfrage.

Herr Wingartz stellte für die CDU-Fraktion folgende Anfrage:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, die im Rahmen des Ausbaus der A 46 erstellten Schallschutzmaßnahmen im Bereich der Strecke am Forsthaus überprüfen zu lassen. Die Schallimmission in diesem Bereich ist so groß, dass hier Abhilfe geschaffen werden muss. Insbesondere durch die Sturmschäden der vergangenen Wochen muss überprüft werden, inwieweit weitere Maßnahmen erforderlich sind.“

l) Herr Reffgen: Wassereinbruch Hildener Bahnhof - Anfrage.

Herr Reffgen wies darauf hin, dass in den letzten Tagen Wassereinbruch im Bahnhofsgebäude selbst und im Durchgang zu beobachten sei. Er fragte nach, wie hier mit einfachsten Mitteln kurzfristig Abhilfe geschaffen werden könne.

### 3. Anregungen und Beschwerden

- a) Anregung gem. § 24 GO NW  
hier: Parkplatzsituation Weiterbildungszentrum Altes Helmholtz - SV 61/141.

Unter Bezug auf die beschlossene Verlegung der Haltestelle sprach sich Herr Schreier für eine Ablehnung des Bürgerantrages aus.

Herr Pohlmann sprach sich dafür aus, die Anregung zur Öffnung des WBZ zur Hoffeldstraße hin aufzunehmen. Alles andere solle so bleiben.

Herr Reffgen führte aus, die Verlegung der Haltestelle sei nur als Prüfauftrag zu verstehen gewesen; beschlossen habe man nichts. Ein Ergebnis des Prüfauftrages sei bisher nicht vorgelegt worden. Er hoffe, dass dies jetzt zügig passiere. Da man den heutigen Antrag im Zusammenhang mit dem seinerzeitigen Prüfauftrag sehe, wolle seine Fraktion den Antrag heute nicht bescheiden, sondern erst die Ergebnisse der Verwaltung abwarten.

Herr Welke sah hier keinen Handlungsbedarf. Die Verlegung der Haltestelle halte er für wichtiger als den Erhalt aller Parkplätze.

Herr Rech wies darauf hin, dass die Verwaltung den Auftrag erhalten habe, die Haltestelle zu verlegen. Die Umsetzung sei eine Frage der Personalkapazitäten und der Prioritäten im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan.

Mit Hinweis auf die seinerzeitige Diskussion und die beschlossene Verlegung der Haltestelle wolle ihre Fraktion den Bürgerantrag zurückweisen, so Frau Alkenings.

Frau Vogel wies den Bürgerantrag ebenfalls zurück.

Der Vorsitzende ließ über den Vertagungsantrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden abstimmen:

17 Nein-Stimmen  
2 Ja-Stimmen.

Sodann wurde der Bürgerantrag mit 17 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zurückgewiesen.

- b) Anregung gem. § 24 GO NW  
hier: Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Grundstücks St. Konrad-Allee 28 - SV 61/142.

---

Eingangs ließ der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen, um der Antragstellerin, Frau Heimersheim, das Wort zu erteilen.

Herr Buddenberg hielt es grundsätzlich für richtig, Bäume festzuschreiben. In diesem Fall halte er die Gesamtfläche aber für zu klein. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

In Bezug auf eine nachhaltige Regelung stimmte Herr Schnitzler dem Antrag zu.

Wegen der Einzigartigkeit des Baumes stimmte Frau Vogel ebenfalls dem Antrag zu.

Frau Alkenings hielt die ganze Sache für problematisch. Große Bäume auf kleinen Grundstücken seien schon zu Zeiten der Baumschutzsatzung herausgenommen worden. Ihre Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Reffgen vertrat die Meinung, hier den schwierigeren Weg zu beschreiten und Baumbestand durch ein Bebauungsplanverfahren zu schützen. Er könne die Sorgen der Bürger verstehen, dass aufgrund fehlender Vorschriften zu viele Bäume gefällt werden. Deshalb werde er der Aufstellung eines Bebauungsplanes zustimmen, selbst wenn damit viel Arbeit verbunden sei.

Für die FDP-Fraktion bat Herr Welke um Beantwortung folgender Fragen bis zum Haupt- und Finanzausschuss:

1. Welche Verwaltungskosten würden bei Aufstellung eines B-Planes entstehen? (auch annäherungsweise). Im Zuge des NKF-Haushaltes ist das eine interessante Information.
2. Wie alt (geschätzt) sind die Eiche und die anderen im Antrag benannten Bäume?
3. Sind die Antragsteller Eigentümer der betroffenen Grundstücke. Wenn nicht, was sagen die Eigentümer zu dem Antrag?

Nach kurzer weiterer Diskussion ließ der Vorsitzende über den Antrag von Herrn Welke abstimmen:  
16 Nein-Stimmen  
1 Ja-Stimme  
2 Enthaltungen.

Abschließend lehnte der Stadtentwicklungsausschuss mit 15 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung den Antrag zur Aufstellung eines Bebauungsplanes ab.

- c) Anregung gemäß § 24 GO NW  
hier: Verkehrsberuhigung Luisenstraße - SV 66/077.

An der Beratung und Beschlussfassung nahm Frau Barata nicht teil.

Frau Alkenings beantragte Vertagung dieser Angelegenheit bis zum Abschluss der Geschwindigkeitsmessungen. Ferner bat sie um Einbeziehung der Luisenstraße / Kreuzung Heerstraße, Ampelschaltung Gerresheimer Straße in Bezug auf die Schulwegsicherung und die Lenkung der Verkehrsströme.

Nach kurzer Aussprache wurde diese Sitzungsvorlage einstimmig vertagt

- d) Anregung gem. § 24 GO NW  
hier: Sargträgerdienst durch städtische Bedienstete - SV 68/026.

Herr Buddenberg erklärte, bei allem Verständnis und Bedauern für die Situation lehne er den Antrag für die CDU-Fraktion ab. Er bat um Auskunft, ob die Verwaltung eine Möglichkeit der Kontrolle sehe und regte an, einen Hinweis auf den vorliegenden Fall an die private Firma weiter zu geben.

Hierauf führte Herr Rech aus, es bedürfe eines deutlichen Hinweises auf die politische Beschlusslage, die eine private Aufgabenstellung beinhalte. Diese Dienstleistung sei Privatangelegenheit. Eine Kontrollaufgabe durch die Verwaltung oder gar eine Rückführung dieser Dienstleistung in die städtische Zuständigkeit bedinge mehr Personal.

Nach kurzer weiterer Diskussion unter Beteiligung der Ratsmitglieder Welke, Schnitzler, Alkenings und Vogel sowie Herrn Pohlmann wurde der Bürgerantrag mit 18 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme abgelehnt.

#### **4. Sonstiges**

a) Schließdienst auf den Friedhöfen - SV 68/025.

Nach kurzer Aussprache fasste der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, bei den städtischen Friedhöfen den Schließdienst nicht wieder einzuführen.“

b) Bericht des Sachgebietes Bauaufsicht (60.2) - Stand 31.12.2006 - SV 60/066.

Nach kurzer Aussprache nahm der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig Kenntnis vom Bericht des Sachgebietes Bauaufsicht.

c) Unterschutzstellung denkmalwürdiger Gebäude in der Stadt Hilden;  
hier: Sachstandsbericht (01.01.2006 bis 31.12.2006) - SV 60/067.

Frau Krall verwies auf die Anfrage von Herrn Helikum zum Thema Infotafel für das Denkmalgrab Lieven. Sie bat darum zu prüfen, was eine derartige Infotafel kosten würde; ggfls.möge die Verwaltung den Museum- und Heimatverein einschalten. Die Gräber Wiederhold und Gressard sollten mit einbezogen werden.

Hierzu verwies Herr Rech auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen. Evtl. bestehe die Möglichkeit, eine gemeinsame Tafel für alle Denkmalgräber vorzusehen. Die Idee, den Museum- und Heimatverein einzuschalten, halte er für gut. Die Verwaltung habe als Vorschlag einen Betrag von 2.000 € in die Haushaltsplanberatungen eingebracht.

Herr Buddenberg bat, das Objekt Benrather Straße 62 mit in die Negativliste aufzunehmen, unter Hinweis darauf, dass dies bereits in der Vergangenheit diskutiert worden sei.

Herr Rech bat darum, den Bericht auch unter dem Aspekt des für den Denkmalschutz zur Verfügung stehenden Zeitanteils zu bewerten. Es stünden zahlreiche Anträge und Aufgabenstellungen im Raum, die unter Berücksichtigung bestehender Ressourcen nur schrittweise abgearbeitet werden könnten.

Abschließend nahm der Stadtentwicklungsausschuss den Bericht über die Unterschutzstellung denkmalwürdiger Gebäude zur Kenntnis.

#### **5. Bau- und Planungsangelegenheiten**

a) Bericht über den Stand der Bauleitplanverfahren (Januar 2007) - SV 61/140.

Herr Welke erklärte sich mit der vorgelegten Prioritätenliste einverstanden. Auf seine entsprechende Frage erwiderte Herr Groll, eine größere Gruppe von Investoren hätten sich zum Thema Mehrgenerationenwohnen im Zusammenhang mit den städtischen Grundstücken Berliner Straße / Am Rathaus gemeldet. Die Angelegenheit sei jedoch noch nicht spruchreif.

Frau Krall wollte die Prioritätenliste um den Bebauungsplan Nr. 240 Benrather Straße / Ecke Poststraße erweitern. Hierzu bedürfe es auch einer Änderung des Flächennutzungsplanes und der Anordnung der Umlegung.

Herr Scholz hielt dies für ein falsches Signal im Hinblick auf die Grunderwerbserfordernisse.

Herr Reffgen beantragte, die Prioritätenliste abschließend im Rat zu behandeln vor dem Hintergrund der interdisziplinären Beteiligung zum Thema Nördliche Unterstadt und damit Bebauungsplan Nr. 240.

Sodann ließ der Vorsitzende wie folgt abstimmen:

1. Weiterleitung der Sitzungsvorlage an den Rat gemäß Antrag der BA:  
17 Nein-Stimmen / 2 Ja-Stimmen.
2. Ergänzung der Prioritätenliste um den Bebauungsplan Nr. 240 gemäß Antrag der CDU:  
12 Ja-Stimmen / 7 Nein-Stimmen.
3. Mit 17 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen fasste der Stadtentwicklungsausschuss folgenden ergänzten Beschluss:

„Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über den Stand der Bauleitplanverfahren der Stadt Hilden zur Kenntnis und beschließt, dass im Jahr 2007 folgende Bauleitplan-Verfahren von der Stadtverwaltung mit Vorrang bearbeitet werden sollen:

- 17. Änderung des FNP für den Bereich Bahnhofsallee/Eisenbahntrasse/(alte)Ellerstraße
- 43. Änderung des FNP für den Bereich Zur Bredharter Heide/Krabbenburg/Südfriedhof
- 44. Änderung des FNP für den Bereich des Grundstücks Westring 7
- Bebauungsplan Nr. 2A, 1. Änderung (VEP Nr. 8) für den Bereich Lehmkuhler Weg/ Richrather Str.
- Bebauungsplan Nr. 38B für den Bereich Südfriedhof/Zur Bredharter Heide/Krabbenburg
- Bebauungsplan Nr. 66B, 2. Änderung (VEP Nr. 7) für den Bereich des Grundstücks Westring 7
- Bebauungsplan Nr. 106A, 5. Änderung, für den Bereich Gerresheimer Str./Stockshausstr./Herderstr./ Wasserleitung
- Bebauungsplan Nr. 161, 2 Änderung für den Bereich der Elb
- Bebauungsplan Nr. 228 für den Bereich Bahnhofsallee/Eisenbahntrasse/(alte)Ellerstraße
- Bebauungsplan Nr. 231, 2. Änderung für den Bereich Max-Volmer-Str./Kalstert/Qiagenstr.
- Bebauungsplan Nr. 231, 3. Änderung für den Bereich Max-Volmer-Str./Qiagenstr./Kalstert/Ohligser Str./Grenzstr./Fußweg
- Bebauungsplan Nr. 247 für den Bereich Düsseldorfer Str./Walter-Wiederhold-Str.
- Bebauungsplan Nr. 251 für den Bereich In den Hesseln
- Bebauungsplan Nr. 240 für den Bereich Benrather Str. / Poststr.

sowie das noch aufzustellende Bauleitplanverfahren:

- Bebauungsplan Nr. 73A, 5. Änderung (VEP) für den Bereich Mittelstr./Bismarckstr./Itter/Dr.-Ellen-Wiederhold-Platz

und die

- Neuaufstellung des Flächennutzungsplans“

- Sitzungspause von 18.30 Uhr bis 18.50 Uhr -

- b) Bebauungsplan 161, 2. Änderung für den Bereich Elb;  
1. Änderung des Aufstellungsbeschlusses  
2. Offenlagebeschluss - SV 61/134.
- 

An der Beratung und Beschlussfassung nahm Herr Böhm nicht teil.

Nach kurzer Aussprache unter Beteiligung der Ratsmitglieder Herr Welke, Frau Alkenings und Herrn Reffgen nahm der Stadtentwicklungsausschuss mit 16 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen folgenden Beschlussvorschlag an:

- „1. Der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Hilden beschließt:

Der Beschluss vom 07.07.2004 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 161, 2. Änderung wird geändert. Der Bebauungsplan wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13 BauGB vom 27.12.2006 in der zurzeit gültigen Fassung aufgestellt.

2. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 161, 2. vereinfachte Änderung wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 27.12.2006 öffentlich ausgelegt. Gemäß § 13 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) wird von der Umweltprüfung und dem Umweltbericht abgesehen.

Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung vom **30.01.2007** zugrunde.

Das Plangebiet wird begrenzt durch die südliche und westliche Grenze des Flurstückes 9, die westlichen Grenzen der Flurstücke 58, 30, 20 und 61 (letztes entstanden aus Flurstück 1) in Flur 33, die südliche und westliche Grenze des Flurstückes 197 in der Flur 34, die westliche Grenze des Flurstückes 45, die westliche und nördliche Grenze des Flurstückes 46, die nördlichen Grenzen der Flurstücke 44, 43 und 51, die östlichen Grenzen der Flurstücke 51, 32 und 31 in der Flur 33, die Straße "Elb".

Im Bereich Elb wurden im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 161 Flächen zum naturschutzrechtlichen Ausgleich der Eingriffe im Plangebiet ausgewiesen. Durch die Maßnahmen wurde eine Überkompensation der geplanten Eingriffe erzielt. Ziel der 2. vereinfachten Änderung ist, die als Ausgleich für die damaligen Eingriffe nicht benötigten Ausgleichsmaßnahmen dem Ökokonto der Stadt Hilden zur Kompensation anderer Eingriffe zuzuordnen.“

- c) Novelle des Baugesetzbuches 2007;  
hier: Bericht über die wesentlichen Änderungen - SV 61/143.

Frau Scharf stellte ausführlich die wesentlichen Änderungen zur Baugesetzbuch-Novelle (siehe Anlage) vor.

Der Stadtentwicklungsausschuss nahm den Bericht über die wesentlichen Änderungen des Baugesetzbuches zum 01.01.2007 zur Kenntnis.

## **II. Nichtöffentliche Sitzung:**